Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.40 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 13.50 Mk., monatlich 4.50 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.40 Mk., monatlich 4.80 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 40 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 100 Pfg., sonst 120 Pfg. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler infolge Ausfall oder nicht deutlich lesbarer Schrift kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 260. Montag, den 8. November 1920. 15. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Wie Temps mitteilt, wünscht die französische Regierung, daß die Konferenz der Finanzminister des Verbandes mit den Mitgliedern der deutschen Regierung spätestens in der ersten Hälfte des Februar zusammentrete.

Nach einer Meldung der Agence Havas aus Newyork setzt sich das Repräsentantenhaus wie folgt zusammen: Republikaner 293, Demokraten 138, Sozialdemokraten 1, andere Parteien 3. Die Republikaner haben 61 Sitze gewonnen.

Nach einer Meldung der Agence Havas aus Konstantinopel hat die Pforte auf die Note der alliierten Mächte erklärt, der gegenwärtige Augenblick sei für eine Ratifizierung des Friedensvertrages von Sevre nicht günstig.

Der 9. November.

Vom Finanzminister Dr. Peter Reinhold, M. d. V.

Zum zweiten Male jährt sich der Tag, an dem mit der Ausrufung der deutschen Republik jener widerstandslose Zusammenbruch des alten Systems besiegelt wurde, den man die deutsche Revolution nennt. Es ist in der Geschichte wohl der einzige Fall, daß ganz ohne Gegenwehr, beinahe wie von selbst, eine Macht zusammenbrach, die noch wenige Wochen vorher unüberwindlich schien; und erst spätere Geschlechter, die ganz ohne Haß und Affekt die Ereignisse des Novembers 1918 vorurteilsfrei untersuchen, werden die Frage beantworten können, ob an diesem rühmlosen Untergang des deutschen Kaiserreichs mehr die vollständige Kopflosigkeit aller seiner Vertreter, angefangen von dem Mann, der, ohne an die Tradition seines Hauses zu denken, im Unter nach Holland fuhr, oder die in sich unhaltbar gewordenen Zustände eines innerlich völlig überlebten Systems die Schuld trugen. Darüber zu streiten, ist jetzt, wo wir noch viel zu sehr unter dem frischen Eindruck dieser Ereignisse stehen, vorläufig müßig. Aber bei der leidenschaftlichen Stellungnahme, die je von ihrem Standpunkt aus die Anhänger oder die Gegner dessen, was am 9. November geschah, zu diesem Tage einnehmen, muß, um Geschichtsfälschungen, denen das deutsche Volk leider so sehr zugänglich ist, zu vereiteln, schon jetzt zweierlei festgestellt werden. Erstens: Wir haben nicht den Krieg verloren, weil die Revolution gekommen ist, sondern wir haben die Revolution bekommen, weil wir den Krieg verloren hatten. Zweitens aber: Ebensowenig, wie uns dieser Tag um den Sieg brachte, ist der 9. November der Tag gewesen, der für Deutschland den Weg zum Frieden und zum Wiederaufstieg eröffnete, sondern die Ereignisse dieses Tages der ein schwarzer Tag in der deutschen Geschichte war und bleiben wird, haben unseren Zusammenbruch vollends besiegelt und zu einer trostlosen Katastrophe für unser Volk gemacht; haben uns außenpolitisch unseren Feinden gegenüber in eine Lage gebracht, die die furchtbare Not des Krieges in die Not des Friedens verwandelt hat.

Wir, die wir gegen Chauvinismus und Militarismus immer angekämpft haben und schon vor der Gründung der Demokratischen Partei ihre Ziele längst verfochten, haben den 9. November nicht gewollt: Wir haben eine friedliche Erneuerung Deutschlands, eine gesunde Weiterentwicklung, aber keine Revolution erstrebt. Wir waren der Meinung, daß die innerpolitischen Fortschritte, die uns der 9. November gebracht hat, und deren Rückwärtsrevidierung wir keinesfalls wünschen und — das haben wir durch unser Auftreten in den Tagen des Kapp-Putsches bewiesen, niemals zugeben werden — längst auf dem Marsche waren und kraft der ihnen innewohnenden Gerechtigkeit auch ohne Gewaltanwendung im Laufe einer organischen Entwicklung sehr bald verwirklicht worden wären. Ihre Durchsetzung aber auf revolutionärem Wege gerade in den Tagen, wo Deutschland durch sein Waffenstillstandsangebot vor der ganzen Welt seinen Friedenswillen bekundet hatte, und deshalb, um einen erträglichen Frieden rasch zu erlangen, der höchsten inneren Geschlossenheit bedurfte, war eine unverantwortliche, in ihren furchtbaren Folgen unübersehbare Schädigung des Vaterlandes und des ganzen Volkes. Hätten wir uns durch das Fortwerfen unserer Waffen, durch das würdelose Zusammenknicken vor dem Feinde, das auch der überzeugteste Gegner des Krieges und des Militarismus als Schmach und Erniedrigung empfand, nicht selbst wehrlos gemacht, so hätte — daran kann es keinen Zweifel geben — die Entente niemals die Möglichkeit besessen, uns jene Waffenstillstandsbedingungen aufzuzwingen, deren konsequente Fortsetzung in der Politik der Vergewaltigung Deutschlands der Frieden von Versailles war.

Deshalb sehen wir Demokraten in den Ereignissen des Novembers von 1918 ein nationales Unglück für Deutschland und können somit einen Grund, diesen Tag zu feiern, in keiner Weise anerkennen. Es war daher eine Selbstverständlichkeit für uns, daß wir demokratischen Minister in Sachsen unseren schärfsten Protest gegen den Beschluß des Kabinetts eingelegt haben, daß in den sächsischen staatlichen Betrieben der 9. November durch Arbeitsruhe gefeiert werden soll. Dieser Tag, den ein großer Teil unseres Volkes mit Recht als Unglückstag empfindet, dieser Tag, der uns durch die Schlinge, die uns unsere Feinde um den Hals geworfen haben, das Elend, in das uns der Krieg gestürzt hatte, noch unendlich vermehrt hat und uns infolge der Auswirkungen des schlimmsten aller Friedensverträge Stunde für Stunde am Wiederaufbau hindert, ist kein Tag, an dem man Feste feiert. Und selbst wenn dem so wäre, ist die Zeit nicht dazu angetan, die Hände in den Schoß zu legen und zu feiern, sondern, das wenigstens ist meine Meinung, gerade an diesem Tag hätte man im Gedanken an das, was vor zwei Jahren geschah, nicht Reden und Versammlungen halten, sondern praktisch am Wiederaufbau tätig sein sollen. Intensivste Arbeit an diesem 9. November, höchste Förderleistung in den Kohlengruben, so sehr es irgend ging, und Zurverfügungstellung des ganzen Ertrages dieses Arbeitstages, des Unternehmergewinnes wie des Arbeitslohnes, zum Besten der Kriegerfürsorge oder der Erhaltung Oberschlesiens: das wäre eine Feier gewesen, würdig eines Volkes, das im Unglück Größe zeigt und vor sich selbst und der ganzen Welt den Beweis erbringt, daß es an seiner Zukunft nicht verzweifelt. Wäre die Feier eines Volkes gewesen, das die Worte von Arbeit und Pflichterfüllung nicht immer nur im Munde führt und bestenfalls zustimmend anhört, sondern das mit dem echten staatsbürgerlichen Gefühl einer Nation, die durch Not und Erniedrigung innerlich reifer geworden ist, ohne Phrase, ohne Pose nach einem der deutschesten Worte gehandelt hätte:

Des edlen Mannes wahre Feier ist die Tat.

Ein Versuch zu deutscher Selbstbehauptung.

Sv. Dieser Tage haben die Verhandlungen des Hauptausschusses des Reichstages, die dem Thema der Durchführung des Versailler Friedens galten, in ganz Deutschland Aufsehen erregt, und es ist zu hoffen, daß die dort bekannt gewordenen ungeheuerlichen Zahlen über die Besatzungskosten auch jenseits der Grenzen unseres Landes die nötige Aufmerksamkeit finden. Man muß es daher begrüßen, daß nach dem Hauptausschuß auch die Vollversammlung des Reichstages Gelegenheit genommen hat, sich mit diesen Dingen vor aller Oeffentlichkeit zu beschäftigen. Das geschah am Sonnabend im Zusammenhang mit einer Interpellation des Abgeordneten Schiffer (Dem.) über die Abstimmung in Eupen-Malmedy und einer zweiten Interpellation Korell (Dem.) über die Lage im besetzten Gebiet. Ueber den unerhörten Rechtsspruch, dem Zehntausende von Deutschen in Eupen und Malmedy zum Opfer gefallen sind, haben wir ja in der letzten Zeit manche Klage vernehmen müssen. Wir wissen, daß der Völkerbundsrat sich über die deutschen Beschwerden ohne weiteres hinweggesetzt hat und notorisch Unrecht zum Recht erhob. Wir geben aber trotzdem die Hoffnung nicht auf, daß eine nicht zu ferne Zukunft das fürchterliche Verbrechen gut machen wird, das man an den Deutschen in Eupen-Malmedy beging, und vielleicht trägt dazu die ruhige und überzeugende Darstellung des Sachverhalts bei, die der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons am Sonnabend noch einmal gab. Noch eindringlicher von heutiger deutscher Not zeugten die Reden, die den Besetzungsnöten galten. Es war ein Augenblick von größtem Stimmungsgehalt, als der Abgeordnete Korell sagte, das französische Volk müsse wählen zwischen der Wiedergutmachung und der Erlaubnis, daß einige französische Offiziere sich in Deutschland mästen. Noch bedeutsamer war die leidenschaftliche Darlegung des Mehrheitssozialisten Sollmann, der aus eigenster Anschauung die Dinge schilderte wie sie sind, und dem heutigen französischen Verhalten das des deutschen Generals von Manteuffel gegenüberstellte, der nach dem Krieg von 1870 in Frankreich das Oberkommando über die deutschen Besatzungstruppen führte und der von dem damaligen Präsidenten der französischen Republik in wärmsten Worten für sein humanes Verhalten gepriesen wurde. Wir schließen uns den Wünschen Sollmanns an, daß der französische Oberkommandierende Tirard sich Manteuffel zum Vorbild nehmen möge, der nach der Erklärung des Präsidenten Thieres es verstanden hat, zugleich ein Freund der ihm anvertrauten Bevölkerung und ein guter Deutscher zu sein.

Ein polnischer Reinfall.

St. Es kommt nicht allzu häufig vor, daß es der deutschen Regierung gelingt, unsere Interessen gegenüber Fremden überhaupt in vollem Umfange zu wahren. Die jetzt im Reichstage zu Ende geführte große politische Aussprache hat in der Rede des Dr. Simons und in denen der einzelnen Fraktionsführer, daneben aber auch in mancher der Kleinen Anfragen, die zwischendurch zur Diskussion gestanden haben, mehr als einen Beweis dafür erbracht. Die Tatsache, daß man gegenüber deutschen Rechtsansprüchen auf der Seite unserer einstigen Feinde und heutigen Gegner einfach zur Tagesordnung übergeht, wirkt auf das Empfinden des deutschen Volkes natürlich in abträglichster Weise und muß selbstverständlich auch im neutralen Ausland einen schlechten Eindruck machen. Nicht zuletzt aus diesem Grunde ist daher der innere Widerstand gegen die dauernden Uebergriffe immer stärker geworden, und die Entrüstung des deutschen Volkes über die Außerachtlassung seiner Rechtsansprüche hat kürzlich in einem besonderen Fall sozusagen den Gipfel erreicht. Das geschah nach der Meldung, daß die Polen in Bromberg eine große Reihe deutscher Transportkähne und Dampfer in der Absicht, sie zu behalten, mit Beschlag belegt hatten. Der Wert dieses beschlagnahmten deutschen Eigentums wurde auf 100 Millionen Mark beziffert. Die deutsche Binnenschiffahrt wurde von einer vernichtenden Einbuße bedroht und deutsche Mitbürger sahen sich in ihrem Besitz und Beruf auf das allerschwerste und brutalste geschädigt. Während die Warschauer Regierung und die polnischen Instanzen in Posen gegenüber den Beschwerden des deutschen Auswärtigen Amtes immer erklärten, die Beschlagnahme sei zu Unrecht erfolgt und werde aufgehoben werden, kam eines Tages ein polnischer Polizei-Offizier auf die in Bromberg festgelegten Kähne und zwang deren Besitzer mit vorgehaltenem Revolver zum Verlassen ihrer Schiffe. Jetzt meldet nun erfreulicherweise das offiziöse Wolffsche Telegraphenbüro, daß die polnische Regierung sich zum vollständigen Nachgeben bereit erklärt hätte. Die Schiffe werden ihren Eigentümern wieder zugestellt werden und diese erhalten außerdem noch die ihnen zustehende Vergütung für Transportfahrten, die sie für polnische Rechnung bis zur Beschlagnahme gemacht haben. Da die Polen, wie erwähnt, sich bisher mit Händen und Füßen gegen die Herausgabe der Kähne und Dampfer gesträubt haben — einfach weil sie sie für die polnische Binnenschiffahrt haben wollten — so muß der polnische Rückzug eigentlich überraschen. Aufschluß darüber gibt nun die erwähnte Wolff-Notiz, indem sie erkennen läßt, daß in Stettin und Hamburg polnische Rhoßphor- und Schwefelkiestransports zwecks Druckes auf die polnische Regierung bisher zurückgehalten worden sind. Nur deshalb gaben die Polen nach und gerade deshalb wird man deutscherseits verlangen, daß auch in künftigen Fällen nach der Ankündigung des Außenministers Dr. Simons gegen die Polen mit Repressalien vorgegangen werden darf.

Kleine politische Meldungen.

Das Programm des Reichstages. Der Aeltestenrat des Reichstages einigte sich mit Rücksicht auf die starke Belastung des Haupt-ausschusses dahin, bis zum Buß- und Bettag Plenarsitzungen nicht mehr abzuhalten und am 18. November mit der zweiten Lesung des Haushaltsvoranschlags in der Vollversammlung zu beginnen. Während der Pause soll der Haushaltsausschuß, eventuell auch andere Ausschüsse die ihnen übertragenen Aufgaben erledigen.

Die Vollsozialisierung. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, folgende Interpellation einzubringen: Ist die Reichsregierung bereit zu erklären, wann sie den schon wiederholt — und besonders eindringlich nach dem Abkommen von Spa — zugesagten Gesetzentwurf über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues vorlegen wird, und zwar einen Entwurf, der sich nicht etwa auf eine Gewinn-, Kapitals- oder Ertragsbeteiligung der Arbeiter beschränken, vielmehr die Vollsozialisierung der Kohlenförderung und der Kohlenverteilung durchführen wird.

Revision? Unter diesem Titel veröffentlicht der Vorwärts eine Telegraphen-Union-Meldung aus Washington mit der Erklärung des Senators Mc. Cormick: Wir haben kürzlich auf dem einen oder anderen Wege, zwar nicht offiziell, aber indirekt die Versicherung erhalten, daß die europäischen Großmächte mit uns bereit sind, die Revision des Vertrages (von Versailles) vorzunehmen. — Das Blatt bemerkt dazu, Bestätigung oder nähere Auskunft über diese sensationelle Meldung sei noch nicht zu erhalten gewesen.

Eine französische Gemeinheit. Den Pariser Blättern zufolge trifft die französische Heeresleitung alle Vorbereitungen, um im Frühjahr kommenden Jahres die in Deutschland fehlenden Besatzungstruppen ausschließlich durch schwarze Truppen abzulösen.

Eine neue Ueberwachungskommission. Pariser Blätter melden, daß der alliierte Rat die Bildung einer Kommission einleitete zur ständigen Kontrolle der internationalisierten Flüsse und Wasserstraßen Deutschlands und Oesterreichs. Den Vorsitz in der neuen Ueberwachungskommission führt, dem Pariser Journal zufolge, Frankreich.

Die Helgoländer von England abschlägig beschieden. Wie die Morning Post berichtet, habe die englische Regierung den Helgoländern, die sich auf Grund des Vertrages vom Jahre 1890 an sie gewandt hatten, geantwortet, daß die Regierung nicht in der Lage sei, ihren Wünschen zu entsprechen.

Der Botschafterrat gegen Oesterreichs Anschluß an Deutschland. Die Havas-Agentur verbreitet einen Bericht, wonach der Botschafterrat am Mittwoch sich gegen ein nach dem Berichte der Ententekommission in Oesterreich beabsichtigtes Referendum für den Anschluß Oesterreichs an Deutschland ausgesprochen hat.

Hardings Stellung zum Friedensvertrag. Der Herald meldet aus Newyork: Am Tage vor der Probewahl ist dem Senatsausschuß ein Antrag zugegangen, der die Zurückziehung des Versailler Vertrages und des Völkerbundsvertrages aus dem Kongreß verlangt. Der Antrag trägt auch die Unterschrift des neuen Präsidenten und bisherigen Senators Harding.

Handelskammertagung.

Dieser Tage fand wiederum eine gemeinsame Beratung der Vorsitzenden und Syndizi der sächsischen Handelskammern in Dresden statt, in der eine große Anzahl wichtiger Fragen zum Teil in Anwesenheit von Vertretern des Wirtschaftsministeriums beraten wurden. Ein großer Teil der Beratungsgegenstände war vertraulich. Von den für die Oeffentlichkeit geeigneten Beratungspunkten seien folgende erwähnt: Obwohl der